Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 170. Sonnabend den 19. Juni 1886. 80. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 20. Juni,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Wohnungs-Vermiethung.

Im **4. Obergeschoß** des in den Besitz der hiesigen Stadtgemeinde übergegangenen Hausgrundstücks **Klostergasse Nr. 4** ist eine aus **einem Vorsaal, zwei Fensterigen Stuben, drei Kammern, einer Küche** und sonstigem Zubehör bestehende **Wohnung sofort** gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit **zu vermiethen.**

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen, auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen nebst dem Inventarium der zu vermiethenden Wohnung eingesehen werden.

Leipzig, den 11. Juni 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 3084. Dr. Georgi. Stiß.

Garten-Verpachtung.

Von dem der Stadtgemeinde gehörigen, hier an der Promenade hinter dem das Kloster genannten Hausgrundstück Klostergasse Nr. 5 gelegenen **Gartenareale** ist die pachtfrei werdende **Abtheilung 5, die erste links am Eingange von der Promenade aus, vom 1. November d. J.** an gegen **einjährige Kündigung** anderweit **zu verpachten.**

Pachtgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen, auch können daselbst die Verpachtungsbedingungen eingesehen werden.

Leipzig, den 16. Juni 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 2589. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Nichtamtlicher Theil.

Die Lage in Bayern.

Das Wort, welches gegenwärtig auf Aller Lippen schwebt, vom Abgeordneten Frankenburger ist es ausgesprochen worden. Er hat erklärt, daß die liberale Partei gegen eine Verfassungsänderung sei, durch welche Otto I. des Thrones entsetzt werden solle, weil die Zeit für Aufwerfung so wichtiger Fragen nicht geeignet sei. Die ultramontane Partei hat bisher geschwiegen, aber ihr Schweigen ist beredt, denn Freiherr v. Frankenstein hat es bei seiner Eröffnungsrede in der Reichsrathskammer vermieden, des Königs Otto Erwähnung zu thun. Das Verhalten der liberalen Partei in dieser wichtigen Angelegenheit wird augenscheinlich durch die Rücksicht bestimmt, dem Ministerium Lutz das Leben nicht noch mehr zu erschweren. Darüber herrscht aber bei beiden Parteien volle Uebereinstimmung, daß die Thronbesteigung eines unzurechnungsfähigen Prinzen vor dem Richterstuhl der Vernunft nicht bestehen kann. Trotz des guten Willens, unter den obwaltenden Umständen an der Verfassung nichts zu ändern, könnte dennoch der Lauf der Dinge mit Nothwendigkeit dazu führen. Die Thronfolge ist nicht allein durch die Bestimmungen der Verfassung bedingt, sondern sie hat auch ihre active, von der Person des Thronfolgers abhängende Seite. Es fragt sich, ob Jemand successionsfähig ist, welcher den Eid auf die Verfassung nicht zu leisten im Stande ist, oder ob es genügt, wenn der Regent diesen Eid an seiner Stelle leistet. Daß ein König, welcher regierungsunfähig geworden ist, einen Stellvertreter auch gegen seinen Willen erhalten kann und muß, ist durch die bayerische Verfassung ausdrücklich vorgesehen. Dagegen ist es sehr zweifelhaft, ob nach dem Geiste dieser Verfassung ein notorisch regierungsunfähiger Prinz auf den Thron gehoben werden kann. Wir haben bereits ausgeführt, welcher Unterschied zwischen einem unzurechnungsfähigen und einem unmündigen Prinzen besteht. Das Entscheidende, worauf es ankommt ist, ob der Mangel ein zeitweiser oder ein dauernder ist. Vom Prinzen Otto ist bekannt, daß er unheilbar geisteskrank ist, und zwar in einem Grade, welcher jede selbstständige Willensäußerung ausschließt. Es scheint uns deshalb, daß die Aufwerfung der Verfassungsfrage auf die Dauer nicht zu umgehen ist, es kann sich nur darum handeln, ob die Frage vorläufig vertagt oder sogleich erledigt werden soll.

Für die Vertagung sprechen mehrfache Gründe. Die Schwierigkeiten der Lage in Bayern sind gegenwärtig ohnehin so groß, daß es wünschenswerth erscheint, dieselben nicht noch zu vermehren, und in erster Linie ist Alles zu vermeiden, was der Herbeiführung eines Systemwechsels günstig ist. Die ultramontane Partei hat offenbar das Bestreben, das Heft in die Hände zu bekommen, aber sie würde mit diesem Streben nur in dem Falle durchdringen, wenn sie die für Verfassungsveränderungen nöthige Zweidrittel-Mehrheit hätte. Das ist nicht der Fall, also ist ein von ultramontaner Seite gestellter Antrag auf anderweite Ordnung der Thronfolge aussichtslos. Wenn die Mehrheit oder auch nur mehr als ein Drittel der Volksvertretung sich damit einverstanden erklärt, daß durch den Eid des Regenten der Eid des unzurechnungsfähigen Königs überflüssig wird, dann ist die Frage der Anerkennung des Königs Otto zu seinen Gunsten entschieden.

Nun liegt aber die Sache so, daß die Gegner des Ministeriums Lutz die Regentschaftsfrage als Mittel benutzen können, um die Thronfolgefrage auf die Tagesordnung zu bringen. Ein Versuch in diesem Sinne ist bereits von den unterfränkischen Abgeordneten der ultramontanen Partei gemacht worden. Sie haben sich dafür ausgesprochen, daß diese Partei den Eintritt in die Berathung über die Regentschaftsvorlage verweigere, so lange das Ministerium Lutz die Geschäfte führe. Sie sind damit zwar nicht durchgedrungen, aber sie können den Verhandlungen eine Richtung geben, welche das Ministerium zum Rücktritt zwingt, indem sie ihm Schuld geben, nicht rechtzeitig gehandelt zu haben. Man darf bei Beurtheilung der Sachlage nicht aus den Augen lassen, daß die ultramontane Partei in Bayern schon vor zwölf Jahren Alles aufgeboten hat, das Ministerium Lutz zu stürzen, und daß diese Bemühungen nur an der Festigkeit des Königs Ludwig gescheitert sind, welcher sein Ministerium der ultramontanen Partei zum Trotz gehalten hat. Der Ansturm ist dann noch zwei Mal, aber mit gleichem Mißerfolge wiederholt worden, erst dann hat sich die Opposition daran gewöhnt, auch mit diesem Ministerium auszukommen. Jetzt, nachdem der König Ludwig gestorben ist, tritt natürlich der Haß gegen das Ministerium Lutz wieder in erhöhtem Maße hervor, und die Ultramontanen werden es an Eifer nicht fehlen lassen, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Es verschlägt dabei wenig, daß Prinz Luitpold dieser Partei näher steht als den Liberalen; sie wollen ihre Parteigenossen auf der Ministerbank sehen, und um so eher, als sie auf diesen Umschwung seit einer langen Reihe von Jahren vergeblich gewartet haben.

Von größter Bedeutung für den weiteren Verlauf der Krisis ist die Haltung der Reichsrathskammer. In dieser scheint die ruhige und besonnene Würdigung der Thatsachen über die Parteileidenschaft den Sieg davongetragen zu haben, wie schon daraus hervorzugehen scheint, daß sie ein Mitglied der liberalen Partei zum Berichterstatter über die Regentschaftsfrage gewählt hat. Die Regentschaftsfrage ist in der That keine Parteifrage, sondern eine thatsächliche Frage. Ob König Ludwig regierungsfähig war oder nicht, als Prinz Luitpold die Proclamation vom 10. Juni erließ, kann nicht vom Parteistandpuncte, sondern muß lediglich nach Lage der Thatsachen beurtheilt werden. Daß die Absicht auf ultramontaner Seite vorhanden ist, auch diese Frage zur Parteifrage zu machen, kann kaum bezweifelt werden, aber es scheint, daß die erdrückende Gewalt der Thatsachen diese Absicht vereiteln wird. Natürlich läßt sich darüber streiten, ob das Ministerium den richtigen Zeitpunct für die Action gewählt hat, aber unbefangene Richter werden es nicht tadeln können, wenn das Ministerium den Zeitpunct soweit als möglich hinausgeschoben hat. Prinz Luitpold ist über die Sachlage seit Monaten genau unterrichtet gewesen und hat dennoch gezögert, den entscheidenden Schritt zu thun, also ist das Ministerium um so mehr von jeder Schuld in dieser Beziehung freizusprechen, weil andernfalls der Regent sofort gehandelt haben und Minister, welche sich der Zeitlage nicht gewachsen zeigten, sofort entlassen haben würde. Eine solche Handlungsweise wäre nach dem Wunsche der Ultramontanen gewesen, aber es fragt sich sehr, ob damit den Interessen des Landes gedient gewesen wäre. Der Prinzregent hat vom Anfang an, sobald er in die Action getreten ist, über den Parteien gestanden, er hat nicht danach gefragt, welcher Parteirichtung das Ministerium Lutz angehört, sondern ob es die Staatsgeschäfte pflichtmäßig geführt hat. Diese Frage hat er bejahen müssen, und deshalb hat er die Räthe der Krone, welche die Regierung unter König Ludwig geführt haben, beibehalten und er wird sie ferner beibehalten trotz des Einspruchs der Ultramontanen, wenn er die Ueberzeugung hegt, daß sie geeignet sind, über die Schwierigkeiten der Lage besser als etwaige Nachfolger hinwegzuhelfen. Der weitere Verlauf der Krisis wird zeigen, daß er das Richtige wählte.

Leipzig, 19. Juni 1886.

* Se. Majestät der Kaiser nahm am Dienstag bei dem Empfang persönlicher Meldungen seitens zahlreicher Officiere im königlichen Palais Gelegenheit, sich über die traurige Katastrophe im bayerischen Königshause ausführlich auszusprechen. Als der hohe Herr die Reihe der Vorgestellten abgeschritten und an jeden derselben einige huldvolle Worte gerichtet hatte, schritt er nach der Thür, wandte sich dann aber, wie einer plötzlichen Eingebung folgend, wieder zurück und gab sodann seiner tiefen Bewegung über das in Berg Geschehene beredten Ausdruck. Leider müsse man ja, so bemerkte der hohe Herr, aus zahlreichen Einzelheiten, wie sie namentlich in den letzten zwei Jahren vorgekommen, den berechtigten Schluß ziehen, daß die furchtbare Katastrophe nur eine Frage der Zeit und eine Wiederherstellung der Gesundheit des Königs unmöglich gewesen sei, aber es erfülle mit tiefer Wehmuth, den Träger eines so hohen Namens und einen so hochbegabten Herrscher so furchtbar enden zu sehen. In längerer Rede verbreitete sich sodann der Monarch über die ganze Regierungszeit des Königs Ludwig, über die Hoffnungen, die er bei seinem Regierungsantritt erregte, über die Bundestreue, mit der er dem neuen Reich zugethan gewesen sei, endlich auch über die große Liebe und Anhänglichkeit, die der verstorbene König bei dem bayerischen Volke gefunden habe. Tief ergriffen lauschten die Versammelten den Worten des greisen Monarchen, dem es ein Herzensbedürfniß zu sein schien, im Kreise seiner Officiere sich auszusprechen. Nachdem der hohe Herr längere Zeit allein gesprochen, gab er durch Zwischenfragen auch einigen Generalen Gelegenheit, ihre Meinung zu äußern. Einer der rangältesten Officiere bemerkte, es sei dieser Unglücksfall auch ein schwerer Schlag für das Land Bayern. „Ja, auch für das Land Bayern", erwiderte der Kaiser, „aber das ist loyal". Damit entließ der Kaiser die Officiere, die noch lange Zeit im Vorzimmer sich dem Eindruck überließen, den diese ernste Stunde auf sie gemacht. Allgemein wurde auch bemerkt, mit welch' wunderbarer Treue des Gedächtnisses der Kaiser sich der einzelnen Officiere erinnerte, und wie er, anknüpfend an ihre Decorationen, auf Einzelheiten der Schlachten und Gefechte zu sprechen kam, in denen die betreffenden Herren sich ihre Auszeichnungen verdient hatten. Eingehend verweilte der hohe Herr bei jenem Moment der Schlacht von Beaumont, als die 7. und 8. Infanterie-Division aus dem Walde von Beaumont losbrach und das Corps Failly über den Haufen warf.

* Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Reichskanzler Fürst Bismarck sich gegen Ende des Monats zum Curgebrauch nach Kissingen zu begeben; vorher dürfte derselbe noch einige Tage in Schönhausen Aufenthalt nehmen.

* Zum gegenwärtigen Stande der Beziehungen Deutschlands zu Frankreich wird der „Kölnischen Zeitung" aus Berlin geschrieben: „Es liegen aus jüngster Zeit verschiedene Anzeichen dafür vor, daß sich Deutschlands Stimmung gegen Frankreich mit Frankreichs Stimmung gegen Deutschland mehr und mehr in Einklang setzt, d. h. eine recht unfreundliche wird. Dafür spricht heute wieder ein in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichter Artikel, der wohl aus maßgebenden Kreisen stammt und in dem Deutsche auf die Gefahren aufmerksam gemacht werden, welche seit der Veröffentlichung des Boulanger'schen Spionengesetzes allen in Frankreich weilenden Fremden drohen und namentlich den Deutschen, die sich dort aufhalten. Es wird in gewissen Kreisen mit Unrecht angenommen, daß dieses Wachsen einer franzosenfeindlichen Stimmung in Deutschland mit der Ausweisung der Prinzen etwas zu thun habe. Dieser Angelegenheit gegenüber hat sich Deutschland vollständig gleichgiltig verhalten, da man in ihr eine ausschließlich französische Sache erblickt. Der Grund der Verstimmung ist einfach der, daß man langsam, aber sicher die Ueberzeugung gewonnen hat, Frankreich sei deutschfeindlich gesinnt und wolle es vorläufig unter allen Umständen bleiben, und daß demnach eine franzosenfreundliche Stimmung in Deutschland mit der Würde eines großen Reiches nicht vereinbar ist. Der Tag wird vielleicht kommen, an dem die Franzosen zu der Erkenntniß gelangen werden, daß sie sich selbst allein geschadet haben durch ihre seit sechzehn Jahren unermüdlich betriebene Deutschenhetze, der deutscherseits eine in der Geschichte noch nie dagewesene langmüthige Ruhe entgegengestanden hat. Bis dahin wird eine Veränderung der deutschen Gefühle dem feindlich gesinnten Frankreich gegenüber schwerlich zu erwarten sein. Die Prinzenfrage hat damit um so weniger zu thun, als die Orleans sich zur Aufgabe gestellt zu haben scheinen, mit den schlimmsten „Patriotenliguisten" im Deutschenhaß zu wetteifern."

* Das Schreiben aus dem Vatican, mit welchem dem Erzbischofsverweser Weickum in Freiburg i. Br. die Annahme der Wahl seitens des Bischofs Roos angezeigt wurde, lautete:

Hochwürdigster, hochverehrtester Herr! Seine Heiligkeit hat das Schreiben des Metropolitancapitels erhalten, in welchem der h. Vater gebeten wird, die einstimmige Wahl des hochwürdigsten Bischofs Johann Christian Roos von Limburg zum Erzbischof von Freiburg bestätigen zu wollen. Nachdem nun der hochwürdigste Bischof von Limburg auf den Wunsch des h. Stuhles die Wahl angenommen, hat Se. Heiligkeit den Wünschen des Capitels gnädigst willfahrt und die erbetene Bestätigung gegeben. Indem ich Ihnen und dem hochwürdigsten Domcapitel im Namen Seiner Heiligkeit dies zur Kenntniß bringe, ist es mir sehr angenehm, Ihnen mittheilen zu können, daß der h. Vater Ihnen, dem Domcapitel, dem Klerus und allen Gläubigen der Erzdiöcese Freiburg den erbetenen apostolischen Segen ertheilt. Mit dem Ausdrucke vorzüglicher Hochachtung und den besten Segenswünschen zeichnet Ew. Hochwürden ergebenster L. Cardinal Jacobini. Rom, 11. Juni 1886.

* Wie die „Allgemeine Zeitung" aus militairischen Kreisen vernimmt, soll von nun an der bayerische Helm nicht mehr mit dem Anfangsbuchstaben des königlichen Namens, sondern mit dem bayerischen Wappen — wie solches bei dem Gendarmerie-Helm der Fall ist — versehen werden. Ob damit zugleich auch die bekanntlich von England importirte unschöne und vor Allem unpraktische Raupe durch eine andere zweckmäßigere Zierde ersetzt wird, ist eine offene Frage.

* * *

* Der deutsche Schulverein in Oesterreich hatte bekanntlich in letzter Zeit manchen Strauß zu kämpfen. Die Regierung verhielt sich fast feindselig gegen ihn, die Klerikalen suchten ihn auf alle mögliche Weise zu bekämpfen, und die Antisemiten wollten ihn sich unterthan machen. Glücklicher Weise führte die Hauptversammlung, welche zu Pfingsten in Salzburg stattfand, zu einer Klärung und Einigung. Klerikale und antisemitische Stürme wurden abgeschlagen. Was aber noch besonders überrascht, das ist das Auftreten des Statthalters. Die Regierung hat bisher den Bestrebungen des deutschen Schulvereins gegenüber sich mehr als kalt, sich ablehnend verhalten. Es war sogar von Auflösung desselben die Rede, und thatsächlich wurden Erhebungen über seine Thätigkeit gepflogen, von denen sogar im Reichsrathe die Rede war. Und nun äußert sich plötzlich ein Mitglied der Regierung wohlwollend über den Verein und zum Vereine. Das Aufsehen im ganzen Reiche wird kein geringes sein; eine richtige Deutung bleibt abzuwarten. Gewiß ist, daß der Statthalter nur im Einvernehmen mit der Regierung so handeln konnte; daß er mit gewinnender Liebenswürdigkeit dabei vorging, ist allein ihm als Person anzurechnen. Seit einiger Zeit schon geht freilich das Gerede von einem Wandel in der Haltung der Regierung den Deutschen gegenüber. Damit hat es wohl gute Wege. Minder leicht Einzunehmende suchen eine andere Erklärung. Gerechte Klage wurden von den Deutschen erhoben, daß die Statthalter in Böhmen, Mähren und Krain: Kraus, Schönborn, Winkler, den slavischen Schulvereinen alle mögliche Förderung angedeihen lassen, was in Vergleich gebracht wurde mit der eben geschilderten Haltung der Regierung gegen den deutschen Schulverein. Die Regierung mochte wohl eingesehen haben, wie begründet die Unzufriedenheit der Deutschen sei, und darum war ihr die vielleicht ursprünglich blos persönliche Neigung des Statthalters Grafen Thun, dem Vereine in Salzburg freundlich zu begegnen, ein willkommener Anlaß, auf diese Art die Bevölkerung ein Stück ihrer Pflege der „Gleichberechtigung" sehen zu lassen. Das Auftreten des Statthalters in Salzburg soll wohl besagen: „Seht, wenn wir Statthalter haben, welche die slavischen Schulvereine fördern, so mangelt es unserer „über den Parteien" stehenden Regierung auch nicht an Statthaltern, denen es auf freundliche Worte für den deutschen Schulverein nicht ankommt." Die Officiösen werden nicht ermangeln, die „gleichmäßig liebevolle Behandlung aller Völker und Stämme" ins richtige Licht zu stellen, und zu dem Schlusse kommen, daß also eigentlich die Deutschen doch gar keine Ursache zur Klage über Zurücksetzung haben. Wenn die Rede des Statthalters in der Hauptversammlung des Schulvereins zu Salzburg nur diesen Zweck haben sollte, dann wird sie wohl den Officiösen die gewünschte Gelegenheit verschaffen, aber dennoch über die heutige Stellung der Deutschen im Reiche keinen Augenblick täuschen können. Das tiefwurzelnde Mißtrauen, die schwere Besorgniß des deutschen Volkes wird sie gewiß nicht bannen. — Die 1020 Ortsgruppen mit ihren über 6000 Vorständen und ihren 120,000 Mitgliedern, welche bis jetzt 40 Schulen, 80 Kindergärten erhalten und jährlich 300,000 Gulden für ihre Zwecke aufbringen, haben alle Versuche der Spaltung abgewiesen, und der Stern des Schulvereins wird heller leuchten als je zuvor.

* Aus Paris, 15. Juni, wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben: „Auch hier tritt alles Andere zurück vor der Nachricht von dem furchtbaren Ende des Königs Ludwig von Bayern; alle Blätter widmen ihr einen großen Theil ihrer Spalten. Im Allgemeinen sind die Nachrufe der Presse in absprechendem, zum Theil gehässigem Tone gehalten, einige Blätter lassen es sich auch nicht nehmen, Alles zu entfalten, was sie an sogenanntem Witz besitzen. Nur auf das Eine möge hingewiesen werden, daß sich hier wieder einmal die unglaubliche Unwissenheit und Unerfahrenheit französischer Blätter in auswärtigen Dingen glänzend offenbart. Sie urtheilen über Dinge, von denen sie offenbar nicht die mindeste Ahnung haben, so wie es ihnen gerade in den Sinn kommt, und daraus ergiebt sich dann eine Menge von Widersprüchen, die endgiltig sein würden, wenn der Anlaß nicht so traurig wäre. So kann man heute in einigen Blättern lesen, König Ludwig sei ein Feind des neuen deutschen Reiches, also ein Freund Frankreichs gewesen, während in andern behauptet wird, daß Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck niemals einen ergebeneren Schleppträger gehabt hätten."

* Nach dem soeben in Paris erschienenen „Militairischen Jahrbuch für 1886" zählt die active Armee Frankreichs 300 Generale. Die Infanterie hat 11,419 Officiere, wovon 171 Oberste und 4215 Hauptleute; die Cavallerie 3288 Officiere, wovon 84 Rittmeister; die Artillerie 3195, wovon 83 Oberste und 1407 Hauptleute; das Genie 971 Officiere, wovon 40 Oberste und 465 Hauptleute; der Train 364 Officiere, worunter 4 Oberstlieutenants und 160 Hauptleute. Die Gendarmerie, obwohl durch das Decret vom 6. April d. J. vermindert, zählt noch immer 795 Officiere, wovon 17 Oberste und 311 Hauptleute oder Bezirkscommandirende. Von den Generalen sind 100 Divisions- und 200 Brigadegenerale. Die Gesammtzahl der übrigen Officiere, vom Obersten bis zum Unterlieutenant, beläuft sich auf 20,032. Hierzu kommt noch das Personal der Nichtcombattanten: 50 Contrôleure der Verwaltung, 36 Pulver- und 1 Artillerie-Ingenieure, 331 Intendanturbeamte, 1190 Militairärzte, 138 Apotheker, 438 Thierärzte, 499 Officiere der Intendanturbureaux, 431 Officiere der Lebensmittelaufsicht, 340 der Hospitäler, 105 der Bekleidung und des Lagerzeugs, 72 der Militairgerichtsbarkeit. Im Ganzen haben 5072 Beamte Officiersrang, ohne ein Commando zu besitzen zu können. Die Gesammtzahl von Officieren und Officiersrang-Bekleidenden beträgt 25,104 und übersteigt die der deutschen Armee um 7000. Die „République Française" spricht die Erwartung aus, daß der Budget- und der Militairgesetzausschuß, ohne die Zahl der Gefechtseinheiten zu vermindern, eine bedeutende Herabsetzung des nichtcombattanten Personals der Cadres verlangen werden, das für den Friedensstand zu zahlreich sei.

* Aus Egypten treffen unglinstig lautende Nachrichten über den Gesundheitszustand der dortigen englischen Besatzungstruppen ein. Zwar herrscht in den Nilländern gerade jetzt die Periode der höchsten Sommerhitze, der das europäische Naturell nur mit Mühe widersteht. Da aber für mehrere Monate hierin keine Aenderung zu erwarten ist, dürfte die Feldtüchtigkeit der englischen Truppen nicht unerhebliche Einbuße erleiden, was, wenn der jetzige Führer der Aufständischen den Moment benutzen sollte, den englischen Defensivplan an der Südgrenze auf keine leichte Probe stellen könnte.

* Der amerikanische Fischereistreit scheint seiner Erledigung entgegen zu gehen. Wie aus Washington gemeldet wird, hat die Regierung von dem amerikanischen Gesandten in London, Mr. Phelps, die Mittheilung empfangen, daß die britische Regierung das Vorgehen Canadas nicht ganz gut heiße und alle Aussicht vorhanden sei, daß volle Satisfaction für die Beschlagnahme der amerikanischen Fischerei-Fahrzeuge gegeben werde. — Die Eisenbahnen des Südwestens, welche jüngst durch die Streiks schwer gelitten haben, erheben jetzt gerichtliche Klage gegen diejenigen Mitglieder der Knights of Labour, welche sich Eigenthumsbeschädigungen haben zu schulden kommen lassen; in Folge dessen haben zahlreiche Verhaftungen stattgefunden.

* Einem New-Yorker Telegramme zufolge sagt O'Donovan Rossa, daß infolge von Gladstone's Niederlage die Beiträge für Dynamitzwecke wieder beginnen. Der „United Irishman" veröffentlicht einen zwei Spalten langen Aufruf der fenischen Brüderschaft, welcher folgendermaßen schließt: „Wir müssen daher Home-Rule als todt betrachten. Unsere Kriegführung muß erneuert werden, und zwar muß es ein Rachekrieg sein. Zwölf Monate lang haben wir Waffenstillstand gehalten, um das Ergebniß der letzten Herbstwahlen und des von Herrn Gladstone sofort nach dem Zusammentritt des Parlaments versprochenen Home-Rule-Gesetzes abzuwarten. In einer heute abgehaltenen Versammlung der fenischen Brüderschaft wurde erklärt, daß dieser Waffenstillstand zu Ende sei. Während des verflossenen Jahres sagten uns häufig Freunde der parlamentarischen Agitation in diesem Lande, daß, wenn dieser Plan keinen Erfolg hätte, es der letzte in dieser Richtung sein würde. Wir fordern jetzt diese Leute auf, ihr Wort einzulösen und gemeinsame Sache mit uns zu machen. Unser Werk machte die Einbringung des Home-Rule-Gesetzes überhaupt möglich. Mit der halben Beihilfe, welche die parlamentarische Agitation erhalten hat, wollen wir die irische Selbstständigkeit zu einer vollendeten Thatsache machen." Diese Erklärung kommt gerade jetzt im geeigneten Augenblick, um wieder in Erinnerung zu bringen, von welchem Schlage die Hintermänner Parnell's und seiner „gesetzlichen Vertretung" sind.

* Privatberichte aus Samoa mit Einzelheiten über die jüngsten Ereignisse daselbst melden, daß am 13. Mai König Malietoa ein Schreiben an den amerikanischen Consul richtete, worin er mittheilte, daß ein Theil seiner Unterthanen unter Führung König Tamaeseſis' sich empört habe; Malietoa ersuchte den Consul, einen Aufruf zu erlassen, worin allen Samoanern anbefohlen wird, nach ihren Heimstätten zurückzukehren. Demgemäß befahl der Consul am folgenden Tage der Bevölkerung, sich zu zerstreuen, und am 27. Mai wurde ein von den Consuln Englands, Amerikas und Deutschlands unterzeichneter gemeinschaftlicher Aufruf erlassen, welcher die Herrschaft König Malietoa's anerkannte. Seitdem wurden keine weiteren Unruhen befürchtet.